

Kurzbericht

öffentlich

22. Sitzung – Kultuspolitischer Ausschuss

12. Januar 2026 – 10:01 bis 11:04 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Kerstin Geis (SPD)

CDU

Ina Dürr
Thomas Hering
Frank Steinraths
Christian Wendel

AfD

Andreas Lobenstein
Lothar Mulch
Marcus Resch

SPD

Lisa Gnadl
Alexander Hofmann
Marius Weiß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nina Eisenhardt
Daniel May
Sascha Meier

Freie Demokraten

Moritz Promny

Weitere Anwesende:

Minister Armin Schwarz, Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, des Rechnungshofes und weiterer Behörden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die **Vorsitzende** die Anwesenden mit den besten Wünschen für das neue Jahr.

Sodann informiert sie die Ausschussmitglieder über die Absprache der parlamentarischen Geschäftsführer, wegen der wetterbedingten Verkehrsbehinderungen nach Fraktionen abzustimmen. Die Vorsitzende stellt Einvernehmen über dieses Verfahren fest.

**1. Dringlicher Berichtsantrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Absicherung der Lehrkräfteausbildung: Gespräch des Kultusministers mit dem Präsidium der TU Darmstadt
– Drucks. [21/3267](#) –**

Abgeordneter **Daniel May**: Frau Vorsitzenden, meine Damen und Herren! Auch von meiner Seite allen Anwesenden ein frohes neues Jahr. Wir hatten uns als Ausschuss schon einmal am 27. November 2025 mit dem Thema auseinandergesetzt. Ich sah inhaltlich eine große Gemeinsamkeit; ich erinnere daran, dass der Kultusminister mit uns der Meinung war, dass die Pläne in Darmstadt – damals waren es noch Pläne – kritisch zu beurteilen seien. Die Landesregierung sagte, dass man grundsätzlich daran interessiert sei, die Studienangebote in Darmstadt weiterzuführen; der mögliche Wegfall wurde – Zitat – „kritisch“ gesehen.

Bei dem Argument des Kultusministeriums, dass man eine starke Bindung der Studierenden an den Studienort der Lehramtsstudierenden beobachtet, waren wir uns auch einig. Wir bewerteten äußerst positiv, dass der Minister berichtete, er habe am Tag vor der Ausschusssitzung einen Brief an die Technische Universität mit der Bitte gesandt, zunächst keine Entscheidung zu treffen. Wir sahen dies als ein Zeichen des Ernstnehmens.

Dann zeigte sich an Weihnachten, dass es im Gespräch kein Aufeinander-Zugehen seitens der Landesregierung und der TU Darmstadt gab. Vielmehr ist die Erklärung der Technischen Universität Darmstadt zu den Gesprächen mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur und dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen ein Dokument, das eher ein Scheitern zeigt, als dass es eine gute Perspektive aufzeigt. Denn das, wovon wir alle wissen, dass es nötig ist, wurde nicht erreicht, nämlich dass wir auch in Zukunft eine Sportlehrerausbildung in Darmstadt haben.

Die Aussage, dass in Zukunft Studierende aus Darmstadt an einer der anderen Rhein-Main-Universitäten Sport als Studienfach belegen könnten, ist realitätsfremd und nicht ausreichend, um das zu erreichen, was wir gemeinsam zum Ziel haben. Da die Strukturen noch da sind und noch nichts abgewickelt ist, was nicht wieder einzufangen wäre, sondern im Gegenteil noch alles offen ist – das Institut existiert weiter; daher ist es eine Frage des politischen Willens im neuen Jahr –, ist es jetzt an der Zeit, aufeinander zuzugehen. Denn wir haben einen eklatanten Lehrkräftemangel, und wir brauchen die Studierenden aus Darmstadt dringend im Fach Sport.

Das zeigt auch der offene Brief von Prof. Willimczik, der heute allen Fraktionen zugegangen ist: Wir brauchen die Studierenden. Daher ist dieser Dringliche Berichts Antrag auch ein Appell an die Landesregierung, sich ein Beispiel an den Präzedenzfällen zu nehmen, die wir in der 19. Wahlperiode hatten: bei dem Ausbau der Studienplätze für das Grundschullehramt in Gießen und Frankfurt, als wir Vereinbarungen mit den dortigen lehrerausbildenden Universitäten geschlossen haben; oder an die letzte Wahlperiode, als wir eine Vereinbarung mit der Universität Kassel getroffen haben, um den Studiengang Förderpädagogik einzurichten. Wir brauchen jetzt ein Aufeinander-Zugehen, und deswegen ist dieser Dringliche Berichts Antrag notwendig.

Minister **Armin Schwarz**: Hochgeschätzte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete! Auch meinerseits ein frohes, gesundes und gesegnetes neues Jahr 2026. Wir haben einiges vor. Ich bin wie immer zuversichtlich und optimistisch, dass wir uns auch im Jahr 2026 der guten Bildung im Lande Hessen widmen werden und dies erfolgreich bestreiten werden.

Herr Abgeordneter May, bevor ich auf meine Vorbemerkung zu sprechen komme, will ich eines sagen: Das düstere Bild des vollständigen Scheiterns, das Sie gerade wortreich beschrieben haben, teile ich nicht. Ich werde sehr deutlich abschildern, warum das so ist; das als Vormerkung zu meiner Vorbemerkung.

Ich beginne mit meinen Ausführungen: Es besteht aufseiten der Landesregierung Einigkeit darüber, dass die Technische Universität Darmstadt im Rahmen ihrer Hochschulautonomie eigenständig entscheiden kann und auch eigenständig entscheiden muss, wie sie strukturell auf veränderte finanzielle Rahmenbedingungen reagiert und entsprechende Maßnahmen umsetzt.

Gleichzeitig, das wissen Sie, hat für uns die Versorgung unserer Schulen mit qualifizierten Lehrkräften höchste Priorität. Wie ich bereits in der Sitzung des KPA am 27. November 2025 ausführlich dargelegt habe, ist die Grundunterrichtsversorgung in Hessen nachweislich gut. Es gab noch nie so viele Lehrerstellen und Lehrkräfte in Hessen wie heute. Dennoch schauen wir selbstverständlich in die Zukunft. Wir wollen die Lehrkräfteausbildung auch künftig in der Fläche sicherstellen, um jeder und jedem Interessierten möglichst wohnortnah ein Studienangebot machen zu können. Denn auch für Südhessen gilt: Lehramtsstudentinnen und -studenten haben vielfach eine starke Bindung an den Studienort und damit an diese Region.

Deshalb habe ich mit Frau Präsidentin Prof. Dr. Brühl und dem für die Hochschulen zuständigen, sehr geschätzten Staatsminister Gremmels Möglichkeiten besprochen, wie interessierte Lehramtsstudierende in Südhessen auch künftig möglichst wohnortnah studieren können. Unser gemeinsames Gespräch fand am 11. Dezember 2025 statt. Möglichkeiten für ein bedarfsgerecht ausgestaltetes Studienangebot zu finden, ist verantwortungsbewusst und genau der richtige Weg mit Blick auf das Lehramtsstudium und die Bedarfe unserer Schulen. Letztlich deckt sich unser Interesse, da bin ich mir im Übrigen sehr sicher, mit den Vorstellungen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten.

Herr Abgeordneter May, mit Blick auf Ihre Vormerkung und Ihre Pressemitteilung vom 19. Dezember 2025, in der Sie das gemeinsame Gespräch als –Zitat – „erfolglos“ bezeichnen und

insbesondere die Rettung des Instituts für Sportwissenschaften an der TU Darmstadt fordern, möchte ich Ihnen folgenden Hinweis geben und damit Ihrer möglichen Nachfrage zuvorkommen: Der Erhalt des Instituts für Sportwissenschaften war zu keinem Zeitpunkt, ich wiederhole: zu keinem Zeitpunkt, Gegenstand unserer Abstimmung. Denn die TU Darmstadt entscheidet im Rahmen ihrer Hochschulautonomie selbst über die konkrete Ausgestaltung ihres Studienangebotes.

Die diesbezüglich im Gesetz der TU Darmstadt fixierten Regelungen zur Ausgestaltung ihrer Autonomie werden von unserer Seite übereinstimmend anerkannt. Selbstverständlich tauschen wir uns jedoch als Landesregierung mit der Leitung der TU Darmstadt über die Frage der Zukunft des Lehramtsstudiums Sport aus und sind daran interessiert, dass Standorte aufrechterhalten bleiben.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, berichte ich im Einzelnen in Abstimmung mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur wie folgt:

1. *Wie bewertet die Landesregierung die Einschätzung des Landessportbundes, dass die Einstellung der Sport-Studiengänge an der TU Darmstadt „gravierende Konsequenzen“ für den Nachwuchs im Sport und die Sportlehrkräfteausbildung habe?*

Ein möglicher Wegfall der Studienmöglichkeit im Fach Sport ist kritisch zu sehen, das habe ich bereits im November vergangenen Jahres ausgeführt. Deshalb haben wir mit dem HMWK und der TU Darmstadt intensiv darüber gesprochen. Für den Nachwuchs im Sport und insbesondere für das Landesprogramm „Talentsuche – Talentförderung“ des HMKB hat die Entscheidung der TU Darmstadt keine Konsequenzen, ich sage es noch einmal: keine Konsequenzen, da das regionale Talentzentrum Darmstadt sowie auch die örtlichen Talentstützpunkte der Sportfachverbände unberührt bleiben.

2. *Wann hat das Gespräch des Kultusministers mit der Universitätsleitung stattgefunden?*
3. *Welche Personen haben an dem Termin teilgenommen?*
4. *Was ist das genaue Ergebnis des Gesprächs?*
Kann zumindest eine Schließung des beruflichen Lehramts abgewendet werden?
Wenn ja: Wie bzw. unter welchen Bedingungen?
Wenn nein: Warum nicht?
5. *Welches Finanzierungsangebot hat die Landesregierung der TU Darmstadt gemacht, um die Sportwissenschaften und das berufliche Lehramt zu erhalten?*
6. *Wie hoch hat die TU Darmstadt die Kosten für den Erhalt der Sportwissenschaften und des beruflichen Lehramts gegenüber dem Kultusminister beziffert?*

7. *Falls die Landesregierung der TU Darmstadt keine zusätzlichen Mittel angeboten hat, wie wollte sie die Universitätsleitung überzeugen, von der Schließung des Instituts für Sportwissenschaften und des beruflichen Lehramts abzusehen?*
8. *Was plant die Landesregierung, um die Einstellung der Sportwissenschaften an der TU Darmstadt noch aufzuhalten?*
9. *Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die in Darmstadt für die grundständige Lehrkräfteausbildung nun wegfallenden Ausbildungskapazitäten aufzufangen bzw. andernorts zu ersetzen?*

Die Fragen 2 bis 9 beantworte ich aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam:

Die Entscheidung der Einstellung und Strukturierung von Studiengängen der TU Darmstadt unterliegt der Hochschulautonomie, auch darauf habe ich am 27. November 2025 Bezug genommen. Darüber bestand bei allen Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern Einigkeit. Gemeinsam wurde vereinbart, in den kommenden Monaten ergebnisoffen die Voraussetzungen und Bedingungen zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welcher Form zukünftig ein Angebot eines Lehramtsstudiums im Fach Sport in Darmstadt im Rahmen des Verbundes der Rhein-Main-Universitäten, kurz: RMU, möglich gemacht werden kann.

Mit diesem Weg sind wir sehr einverstanden. Es geht uns, wie gesagt, um die Möglichkeiten; dass es in der Region weiterhin ein ausreichendes Angebot gibt, Sport auf Lehramt zu studieren. Die konkrete Ausgestaltung würde dann jedoch den kooperierenden Hochschulen im Rahmen ihrer Hochschulautonomie obliegen.

Vor diesem Hintergrund hat uns die TU Darmstadt keine verbindliche Kostenaufstellung vorgelegt. Im Übrigen sind die Kosten eines Lehramtsstudiengangs von verschiedenen Parametern abhängig. Das sind unter anderem die Anzahl der Studierenden und die Anzahl der Lehrenden. Darüber hinaus entstehen Kosten, zum Beispiel für den Betrieb und die Instandhaltung von Gebäuden. Aus diesem Grund haben wir der TU Darmstadt auch kein zusätzliches Finanzierungsangebot zum Erhalt der Sportwissenschaften oder des beruflichen Lehramts machen können; denn die Finanzierung von Studienangeboten ist abschließend mit dem Hochschulpakt 2026 – 2031 geregelt.

Die Universität kann und muss im Rahmen ihrer Autonomie eigenständig entscheiden, wie sie strukturell auf veränderte finanzielle Rahmenbedingungen reagiert und entsprechende Maßnahmen umsetzt; wie die 13 anderen staatlichen Hochschulen im Übrigen auch.

So viel zu meinen Ausführungen. Nun kommen vermutlich Nachfragen.

Abgeordneter **Daniel May**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Kollege Kultusminister, da machen Sie es sich doch etwas einfach; denn ich habe in meiner Vorbemerkung schon darauf hingewiesen, dass es vonseiten der Landesregierung in der Vergangenheit möglich gewesen ist, mit

einzelnen Universitäten Vereinbarungen zu treffen, um bestimmte Studienangebote für das Lehramt einzurichten oder auszubauen und vorzuhalten. Daher ist das, was als Unmöglichkeit geschildert wird, keine Raketenwissenschaft – auch die haben wir in Darmstadt im Griff –, sondern etwas, das ich der Landesregierung zutraue, nämlich einen Preis zu ermitteln, für den es möglich wäre, in Darmstadt auch ein Lehramtsstudium für Sport weiter vorzuhalten.

Daher möchte ich nachfragen, ob es vonseiten der Technischen Universität Darmstadt eine Berechnung gab, die der Landesregierung bekannt ist und die einen Betrag beinhaltet, für den das Studienangebot in Darmstadt weiter möglich wäre. – Die zweite Frage. Wenn Sie sagen, dass das Institut für Sportwissenschaft nicht Gegenstand des Gesprächs war, würde mich interessieren, wie Sie sich eine Sportlehrerinnen- und Sportlehrerausbildung in Darmstadt vorstellen, ohne dass es dafür Ausbildungskapazitäten an der Universität gibt. – Sind Sie mit mir der Meinung, dass ein Pendeln nach Mainz oder Frankfurt nicht die gleiche Qualität hat, wie ein tatsächliches Studienangebot in Darmstadt? – Das wären die drei Fragen, die sich mir aufdrängen.

Minister **Armin Schwarz**: Herr Abgeordneter May! Vielleicht noch einmal für Sie zum Mitschreiben: Hochschulautonomie bedeutet Hochschulautonomie. Das ist ein Wert an und für sich. Das ist die erste Bemerkung. – Zweite Bemerkung. Die TU Darmstadt genießt den höchsten Status der Hochschulautonomie, wie ich mir noch einmal habe darlegen lassen. Insofern respektieren wir, die Landesregierung und damit auch der geschätzte Kollege Gremmels und ich, selbstverständlich, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie und Zuständigkeit entscheiden, wie sie die Studiengänge strukturieren. Das will ich in der Deutlichkeit einordnend sagen.

Die zweite Einordnung, die ich bringen will, dann gehe ich ins Detail, ist, dass Sport ausweislich kein Mangelfach ist. Mit den Studentinnen und Studenten, die uns hier beim letzten Mal am 27. November 2025 besucht haben, habe ich noch gesprochen. Klar ist, dass sie nicht irgendwo ins Nichts fallen. Vielmehr wird selbstverständlich Sorge dafür getragen, dass das Studium in einer vernünftigen Art und Weise, verantwortbar und auch erfolgreich, bewerkstelligt werden kann.

Herr Abgeordneter, ich will Ihnen Folgendes zur Situation der Lehrkräfteausbildung im Fach Sport sagen: Mit Blick auf die Lehrkräftebildung für Sport lässt sich generell feststellen, dass das Fach Sport in Hessen aktuell kein Mangelfach an Gymnasien ist. Der Großteil der zukünftigen Sportlehrerinnen und Sportlehrer wird nicht an der Technischen Universität Darmstadt ausgebildet. So studierten im Wintersemester 2024 nur 122 von hessenweit 1.676 Personen an der TU Darmstadt das Lehramt im Fach Sport. Das sind rund 7 %; um einmal die Größenordnung darzulegen. Das ist möglicherweise auch dahingehend interessant, warum eine Universität bestimmte Überlegungen hat. Die geringen Prüfungszahlen an der TU Darmstadt unterstreichen dies. Laut Auskunft der TU Darmstadt haben in den letzten drei Jahren rund 20 Personen jährlich einen Abschluss für das Lehramt an Gymnasien im Fach Sport erworben; 20 Personen, um dies noch einmal zu sagen.

Für das Lehramt an beruflichen Schulen, Master of Education, haben in den letzten drei Jahren zwischen einer und fünf Personen pro Jahr einen Abschluss im Fach Sport erworben. Ähnlich ist die Situation auch hinsichtlich des Studiengangs Sportwissenschaft einzuschätzen. Der Anteil der Studierenden in diesem Studiengang an der TU Darmstadt betrug seit 2018 im Mittel knapp 12 % der Studierenden. Sportwissenschaftliche Bachelorstudiengänge können an den Universitäten Frankfurt, Gießen und Marburg zumeist ohne Zulassungsbeschränkungen studiert werden. Vor diesem Hintergrund rechnet die Landesregierung mit keinen gravierenden Konsequenzen infolge der Einstellung dieses Studiengangs an der TU Darmstadt; das vielleicht einmal vor die Klammer gezogen.

Wenn wir das weiter ausschärfen wollen, kann ich gerne an die Kollegin aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst weitergeben. Frau Schulmeyer, wenn Sie ausführen würden? – Herr Abgeordneter, auf die Kosten und ob eine Zahl genannt worden ist, komme ich gleich zu sprechen.

RLin **Dr. Schulmeyer-Ahl**, HMWK: Ich muss noch einmal nachfragen. Wegen der Kosten?

Minister **Armin Schwarz**: Wenn Sie Ergänzungen haben.

RLin **Dr. Schulmeyer-Ahl**: Ich habe Ihren Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Minister **Armin Schwarz**: Dann habe ich das richtig gemacht. – Zu den Zahlen, Frau Schulmeyer kann da gerne etwas nachlegen: In dem Gespräch, das wir geführt haben, wurde keine Kostenkalkulation genannt; ich kann Ihnen keine Zahl nennen.

Abgeordneter **Daniel May**: Dann würde mich der Verlauf dieses Gesprächs sehr interessieren. Wie stelle ich mir das vor? – Zwei Mitglieder der Landesregierung reisen nach Darmstadt, um über die Situation des Lehramtsstudiengangs für Sport zu sprechen. Die Bewertungen, die wir am 27. November 2025 gehört haben, sind damals noch etwas anders ausgefallen, man sagte: Die hohe Wohnortbindung der Absolventinnen und Absolventen im Lehramt ist uns bewusst. Wir sehen, dass diejenigen, die in Darmstadt Sport studieren, oft auch noch ein MINT-Fach belegen, was uns sehr hilft.

Diese Argumente sind da, sie sind richtig, und sie haben dazu geführt, dass sich zwei Mitglieder der Landesregierung mit Vertretern der Technischen Universität Darmstadt zusammengesetzt haben. Was machen Sie denn dann, wenn Sie nicht darüber sprechen, wie das in Darmstadt weitergeführt werden kann? Da ist doch die Frage der Kosten immanent. Mich würde sehr interessieren, was Sie da gemacht haben. Haben Sie gesagt: „Macht es bitte einfach so, weil wir das

benötigen“? Oder was war der Impuls der Landesregierung, dieses Gespräch zu führen und dieses Gespräch zum Erfolg zu führen?

Minister **Armin Schwarz**: Herr Abgeordneter May, Sie stellen es so dar, als wäre das ein indischer Basar. – Das ist es nicht. Im Übrigen haben wir nicht in Darmstadt gesessen, sondern hier, in diesem Raum; dort, am Ende dieser Tischreihe.

Ich kann Ihnen sagen, es war ein sehr vertrauensvolles und sehr vernünftiges Gespräch. Ich hatte eingangs in meinen Ausführungen dargelegt, dass es ergebnisoffen war. Auch darauf, dass es bei einem Studiengang Kostenfaktoren gibt, die entstehen, hatte ich hingewiesen. Ich will sehr deutlich sagen, vieles von dem, was Sie gerade gefragt haben, habe ich schon einmal ausführlich dargestellt. Sie können die Fragen natürlich so häufig stellen, wie Sie möchten. Es ist die freie Wahl der Abgeordneten, Fragen zu wiederholen. Allerdings habe ich schon einmal ausgeführt, was wir da besprochen haben.

Ich will Ihnen noch einmal darlegen, wie wir intern verblieben sind. Das HMWK und das HMKB haben sich zwischenzeitlich über die Zukunft des Lehramtsstudiengangs Sport mit der Leitung der TU Darmstadt ausgetauscht. Einigkeit besteht darüber, dass die Universität im Rahmen ihrer Hochschulautonomie eigenständig entscheiden kann und entscheiden muss, wie sie strukturell auf veränderte finanzielle Rahmenbedingungen reagiert und entsprechende Maßnahmen umsetzt. Die diesbezüglich im TUD-Gesetz fixierten Regelungen zur Ausgestaltung der Autonomie der TU Darmstadt werden übereinstimmend anerkannt.

Gemeinsam wurde vereinbart, in den kommenden Monaten, das wiederhole ich jetzt zum dritten Mal, ergebnisoffen die Voraussetzungen und die Bedingungen zu prüfen, ob und in welcher Form der Zugriff auf ein Angebot eines Lehrgangsstudiums im Fach Sport in Darmstadt im Rahmen des Verbundes der Rhein-Main-Universitäten möglich gemacht werden kann. Das heißt im Klartext: Der Rhein-Main-Universitätsverbund sind Darmstadt, Frankfurt und Mainz.

Weiterhin wurde seitens der Ministerien begrüßt, dass sich die Studienrichtungen Evangelische und Katholische Religion für das Lehramt für berufliche Schulen als Studienangebot der RMU aktuell in der Entwicklung befinden, um künftig gemeinsam von der TU Darmstadt und der Goethe-Universität Frankfurt angeboten zu werden; da funktioniert es schon. Eine Ersteinschreibung wird voraussichtlich im Wintersemester 2027/2028 möglich sein.

Unabhängig davon haben alle Studierenden, die im Wintersemester 2025/2026 in sportwissenschaftlichen Fächern eingeschrieben sind, einschließlich der Lehramtsstudierenden, die Möglichkeit, ihr Studium an der TU Darmstadt im Rahmen der dafür vorgesehenen gesetzlichen Fristen – heißt: Regelstudienzeit plus zwei Semester – vollständig abzuschließen. Auch das habe ich bereits ausgeführt, wenn ich das noch einmal sagen darf.

Abgeordneter **Lothar Mulch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von meiner Seite ein gutes neues Jahr. – Herr Staatsminister, gestatten Sie mir auch eine kurze Vorbemerkung, wie Sie das getan haben.

Das Bild, das Sie in Ihrer Vorbemerkung gezeichnet haben, ist sonnig, fröhlich und heiter. Man muss zu dem Schluss kommen – ja, man kann eigentlich nur zu dem Schluss kommen: Es läuft an Hessens Schulen, wenn es um die Lehrer geht.

Die Realität sieht indes vollkommen anders aus. Die Überlastungsanzeigen von nahezu einem halben Hundert hessischer Grundschulen sprechen da eine andere Sprache. Die Fragen, die ich an Sie habe, sind folgende: Ist das Angebot der Sportstudiengänge, die jetzt entfallen, von einem übergeordneten Interesse für die Hessische Landesregierung? Wenn das so sein sollte, ist dieses übergeordnete Interesse von der Hessischen Landesregierung entsprechend kommuniziert worden?

Bei der Beantwortung dieser Frage haben sich Ihr Kollege, Herr Staatsminister Gremmels, und sein Staatssekretär – ich sage, wie es ist – gewunden wie die Aale. Eine klare Antwort wurde nicht gegeben. Sie haben genau dasselbe gemacht, was Sie machen, sie haben auf die Hochschulautonomie verwiesen. Aber darum geht es überhaupt nicht. Niemand von uns will diese Hochschulautonomie untergraben, will diese Hochschulautonomie infrage stellen. Es geht darum: Ist der Hochschule klar und deutlich kommuniziert worden, wie wichtig diese Studiengänge für die Hessische Landesregierung sind, dass sie von einem übergeordneten Interesse sind? Ist das gemacht worden? Das ist meine Frage an Sie.

Abgeordnete **Nina Eisenhardt**: Ich würde mich gerne auch erst einmal mit dem Erhalt des Instituts für Sport befassen, das eigentlich auch das Thema des Gesprächs sein sollte, wie Sie in der letzten Sitzung erklärt haben, bevor ich auf die Zukunft, den RMU-Studiengang blicken wollen würde.

Dass die TU Darmstadt für den Erhalt des Sportinstituts in seiner jetzigen Form, mit den Studiengängen in ihrer jetzigen Form, durchaus einen Preis ermittelt hat, ist mir zu Ohren gekommen; nämlich den Preis von 1,5 Millionen Euro jährlich. Ist Ihnen diese Zahl bekannt?

Dann möchte ich etwas zur Autonomie sagen. Autonomie bedeutet, dass ich meine Entscheidungen mit einer gewissen Freiheit treffen kann. Das ist mit den Rahmenbedingungen, die der Hochschulpakt vorgegeben hat, von vorneherein nicht der Fall. Die TU Darmstadt hat ermittelt, dass sie innerhalb von zwei Jahren rund 7 % Kosten einsparen muss.

Das bedeutet, sie kann Professuren, die frei werden, nicht wiederbesetzen. Das ist am Institut für Sportwissenschaft die Hälfte der Professuren, sie sind schlichtweg nicht zu besetzen. Damit fiel die Entscheidung, das Institut für Sportwissenschaft zu schließen. Das heißt, es war keine Überlegung aus sich heraus, „Wo würde es denn strategisch Sinn machen, einen Studiengang zu schließen?“, sondern diese Entscheidung war eine direkte Konsequenz aus der Entscheidung der Landesregierung über die Höhe des Hochschulpakts.

Deswegen trägt die Landesregierung natürlich, auch wenn die TU Darmstadt Hochschulautonomie genießt, eine Mitverantwortung für diese Entscheidung und auch für die Konsequenzen und kann sich hier nicht aus dieser Verantwortung stehlen, indem man die Hochschulautonomie betont. Das wollte ich aufgrund Ihrer Bemerkungen noch einmal deutlich machen. Deshalb können Sie das gerne noch ein viertes Mal wiederholen, aber wir haben hier eine andere Sicht auf die Dinge. Das heißt, auch wenn die TU Darmstadt natürlich formal die Prozesse selber anstoßen muss und es nicht die Zustimmung der Landesregierung braucht, um den Studiengang zu schließen, trägt natürlich die Landesregierung die Verantwortung für diese Entscheidung und auch die Verantwortung dafür, wenn diese Entscheidung anders ausfallen soll.

Das bringt mich wieder zurück auf die Frage der Kosten. Ich finde es sehr überraschend, dass Sie anscheinend nicht mit der TU Darmstadt darüber gesprochen haben, was es kosten würde und was das Land tun kann, um das Institut für Sportwissenschaften zu erhalten.

Ich möchte auf eine weitere Sache zu sprechen kommen, die Sie gesagt haben. Sie haben vorgerechnet, dass es „nur 7 %“ der Studierenden sind, die momentan an der TU Darmstadt Sportwissenschaft auf Lehramt studieren. Da frage ich mich, wie Ihre politische Bewertung Ihrer eigenen Aussagen an dieser Stelle ist. Heißt das, aus Ihrer Sicht ist die Sportlehrerausbildung an der TU Darmstadt überflüssig, weil der Prozentsatz der Studierenden auf Lehramt, die hier ausgebildet werden, nur so gering ist?

Ich fand es verwunderlich, das anzuführen, weil es für die Region natürlich relevant ist, wo Studierende ihre Ausbildung machen, wo Sie ihre Familien gründen, wo Sie nachher auch an die Schulen gehen. Da hilft nicht nur eine landesweite Betrachtung, sondern es braucht auch eine regionale Betrachtung, und hier, an der Stelle, eine regionale Betrachtung für Südhessen. Dazu würde mich Ihre Einschätzung und vor allem Ihre Position interessieren, was Sie aus Ihren eigenen Ausführungen, was die Zahlen angeht, politisch schlussfolgern.

Zweitens möchte ich auf die Möglichkeit eingehen, dass vielleicht in Zukunft ein Studiengang über die RMU angeboten wird. Das muss geprüft werden, es muss überlegt werden, wie man das machen könnte. Aber aus meiner Sicht gibt es hier zwei Grundprobleme. Kann man es zum einen überhaupt schaffen, einen Studiengang – wir sagen inzwischen auch: marktgängigen Studiengang; also einen Studiengang, der auch nachgefragt wird – zu gestalten, wenn die Studierenden an der Bergstraße oder im Odenwald wohnen und für den Großteil ihrer Veranstaltungen nach Frankfurt pendeln müssen, weil dort das überwiegende sportwissenschaftliche Angebot ist und sie im Rahmen der Lehrerausbildung ein zweites Fach an der TU Darmstadt belegen? Kann die Kooperation dann so aussehen? Ist das für Studierende aus Südhessen attraktiv? Aus der TU Darmstadt, auch aus den Fachbereichen, wurden mir große Bedenken ob dieser Idee zugetragen; ob es überhaupt möglich ist, dass das, was aus Ihrem Gespräch als politischer Kompromiss hervorgegangen ist, am Ende überhaupt einen marktgängigen Studiengang bieten kann. Das ist die eine Sorge.

Das andere ist, das habe ich auch vernommen, da wollte ich auch noch einmal konkret nachfragen: Wenn die RMU es schafft, einen entsprechenden Studiengang zu designen, dann hat sie in diesem Hochschulpakt keine finanziellen Kapazitäten dazu, diesen auch auszurollen. Vielmehr

würde das bedeuten, dass die Landesregierung zusätzliche Mittel in die Hand nimmt, um einen solchen Studiengang zu finanzieren. Dann frage ich mich, wenn man sowieso Geld in die Hand nimmt, warum dann nicht zum Erhalt eines funktionierenden Studiengangs, sondern um etwas Neues zu schaffen? Gibt es seitens der Landesregierung die grundlegende Bereitschaft, finanzielle Mittel für einen gemeinsamen Kooperationsstudiengang aufzuwenden?

Abgeordneter **Moritz Promny**: Vielen Dank. – Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich zur Autonomie deutlich machen, das hatte ich in der Sitzung im November unterstrichen, und tue dies deswegen hier an der Stelle auch: Natürlich ist es selbstverständlich, dass die Hochschulen eine Autonomie haben sollen, gerade die TU Darmstadt ist entsprechend ausgestattet, und wir begrüßen das ausdrücklich.

Aber um diese Autonomie vollständig nutzen zu können, braucht es einen entsprechenden Kostenrahmen. Wenn die Landesregierung diesen Kostenrahmen zusammenstreicht, dann ist die Autonomie eingeschränkt. Hierzu haben Sie sich bislang noch nicht ausgelassen. Ich habe nur gehört, dass Sie gesagt haben, es habe keine Kostenaufstellung gegeben, die sei Ihnen nicht mitgeteilt worden. Die Landesregierung habe auch kein weiteres Finanzierungsangebot gemacht, und im Übrigen sei der Hochschulpakt abschließend bis zum Jahr 2031 verhandelt und beschlossen worden.

Da stellt sich mir die Frage: Beabsichtigen Sie, da jetzt noch einmal dran zu gehen? Denn jetzt sehen wir das am Beispiel Sport, aber es gibt noch andere Bereiche. Der Gründer des Instituts, Prof. Willimczik, hat es in seinem Schreiben deutlich gemacht. Er sagt einerseits, dass er seitens eines Senatsmitglieds darauf aufmerksam gemacht worden sei, seine Argumente nicht der TU Darmstadt vorzutragen, sondern den politischen Vertretern – sprich: den Ministerien, aber auch den Parteien, die diese Beschlüsse mittragen.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das Schreiben bekannt ist, Herr Kultusminister. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen? Prof. Willimczik führt darin aus, im Jahr 2026, also in diesem Jahr, sei eine mögliche Schließung im Zusammenhang mit den beruflichen Schulen geplant. Die entscheidende Frage, die sich mir in dem Zusammenhang noch stellt, ist, wenn wir dort noch weitere Schließungen sehen, ob Sie dann nicht doch die Veranlassung sehen, den Hochschulpakt noch einmal anzufassen und nachzuverhandeln. Denn, wenn dies jetzt reihenweise zu Schließungen von Studiengängen führt, kann es nicht Sinn und Zweck sein, dass die Landesregierung auf der einen Seite das Hohelied der Autonomie singt und auf der anderen Seite keine ausreichenden Mittel zu Verfügung stellt, um die Institute zu erhalten.

Minister **Armin Schwarz**: Verehrte Frau Vorsitzende, ich fange einmal in dieser Reihenfolge an. Herr Abgeordneter Promny nur, damit die Verortung klar ist, ich bekomme gerade den Hinweis: Dies ist der KPA.

(Abgeordneter Moritz Promny: Ja, das habe ich verstanden!)

– Ich wollte es nur einmal gesagt haben, sodass keine Irritationen entstehen. Das ist die erste Bemerkung. – Die zweite Bemerkung. Sie hatten mir die Frage gestellt, ob mir das Schreiben bekannt ist. – Nein, das Schreiben ist mir nicht bekannt. Dritte Bemerkung. Nach meinem Kenntnisstand ist der Hochschulpakt 2026 – 2031 abschließend beschlossen. Das ist schlicht so; er hat einen Zeitraum, damit er zwischenzeitlich nicht immer wieder aufgemacht wird.

Dann komme ich zur Gesamteinordnung und würde damit gerne auch auf die Kollegin Eisenhardt eingehen.

Sie hatten wiederholt gefragt, ob Zahlen genannt worden sind. Natürlich haben wir im Gespräch nachgefragt, aber es sind keine Zahlen genannt worden. Ich beziehe mich auf das Gespräch, weil Sie sich auch darauf bezogen haben. Diese 1,5 Millionen Euro, die Ihnen zugeflüstert, Sie hatten es etwas anders formuliert: zugetragen, wie oder was auch immer, worden sind, kann ich nicht beurteilen. Die sind mir nicht zugetragen worden.

Dann will ich einmal eines sagen, meine Damen und Herren Abgeordnete: Die Autonomie kommt mir ein bisschen so vor, als würde sie dann gelten, wenn es gerade politisch opportun ist; also eine Autonomie á la carte. Da schaue ich auch den geschätzten Kollegen Promny an; denn die Autonomie ist gerade ein liberaler Gedanke, und dann wird entschieden. Die Rahmenbedingungen bestimmen, welche Prioritäten man setzt und worauf man sich fokussiert. – Aber wenn das gemacht wird, dann gilt das alles nicht mehr.

(Abgeordnete Nina Eisenhardt: Sie machen es ja nicht!)

Ich finde, das ist ein merkwürdiges Selbstverständnis. Dies ist keine Bewertung dessen, wie wir inhaltlich bewerten, ich will nur meine grundsätzliche Einordnung bringen, wie hier mit dem Begriff Autonomie jongliert wird. Ich halte das für schwierig; das will ich einmal im Grundsatzverständnis einordnen.

Dann will ich gerne weitermachen. Frau Eisenhardt, Sie haben von Ihrer Sicht auf die Dinge gesprochen. Bei mir geht es nicht um eine Sicht auf die Dinge, bei mir geht es schlicht und ergreifend um eine Bewertung. Wie sind aktuell die Zahlen? Es geht um Verantwortung. Das übergeordnete Interesse dieser Hessischen Landesregierung und dieses Kultusministers ist, dass die Lehrerversorgung, die Lehrkräfteversorgung an den hessischen Schulen gut ist.

Jetzt will ich auf das Fach Sport zu sprechen kommen, um es noch einmal mit Zahlen auszuschnücken. Auf der Rangliste bewerben sich derzeit noch über 100 Personen mit dem Fach Sport im gymnasialen Lehramt, um eine unbefristete Einstellung in den hessischen Schuldienst zu bekommen. Fazit: Für die Lehrkräfteversorgung ist der Erhalt des originären Studienangebots für das Lehramt im Fach Sport in Darmstadt nicht zwingend.

Wir reagieren flexibel auf die Bedarfe und der Standort ist nicht allein ausschlaggebend. Auch vor dem Hintergrund, dass hessenweit grundsätzlich genügend Studienplätze in den Lehrämtern zur Verfügung stehen, können wir mit solchen flexiblen Lösungen gut leben. Das will ich an der Stelle sagen.

Sagen will ich auch, Frau Abgeordnete Eisenhardt, weil Sie über marktgängige Studienangebote gesprochen haben, dass das ein Begriff ist, den ich bis dato noch nicht gehört habe. Ich bin auch kein Hochschulpolitiker. Wenn ich es so verstehe, dass der Markt für den Arbeitsmarkt entsprechende Angebote braucht, dann kann ich es nachvollziehen und einordnen; nur für mein eigenes Verständnis.

Aber Sie hatten hinsichtlich der Anbindung gefragt: „Wie kommen beispielsweise Studentinnen und Studenten aus dem Odenwald zur RMU, in dem Fall nach Frankfurt?“ Ich will darauf hinweisen, dass es nach meinem Kenntnisstand eine wunderbar ausgebaute Odenwaldbahn gibt. – Sie schmunzeln, das war einmal ein ruhmreiches Projekt. Ich habe das sehr begrüßt, es hat sich etwas geändert. Die Bewertung ist nach wie vor auch Ihrerseits positiv.

(Abgeordnete Nina Eisenhardt: Ich fahre damit regelmäßig!)

– Ich wollte an der Stelle nur unser gemeinsames Verständnis der Odenwaldbahn unterstrichen wissen.

Dann komme ich zum Abgeordneten Mulch. Herr Abgeordneter, Sie sprachen von einem übergeordneten Interesse dieser Landesregierung. Ich sage es Ihnen auch noch einmal ganz langsam: Das übergeordnete Interesse dieser Landesregierung, dieses Kultusministers ist, dass wir so viele Lehrkräfte wie nötig in Hessen vorhalten. Wir bilden in einem Volumen aus, das wirklich ein positives historisches Ausmaß hat. Ich könnte Ihnen all die Zahlen noch einmal darlegen, auch hinsichtlich der gestiegenen Anzahl von Referendarinnen und Referendaren, die im November 2025 ihren Dienst begonnen haben, der Anzahl der Studierenden auf Lehramt in Hessen, die grundsätzlich bei über 20.000 Studierenden liegt, und der Gesamtzahl der Lehrkräfte, die auch ein historisches Hoch hat.

Hinsichtlich des Studiengangs Sport an der TU Darmstadt habe ich alles gesagt, was zu sagen ist. Die Zahlen habe ich gerade auch noch einmal dargelegt. Insofern ist die Frage meinerseits beantwortet.

Sie hatten noch auf die Rangliste und die Hochschulautonomie Bezug genommen. Dazu habe ich bereits bei meiner Antwort auf die Fragen der Frau Kollegin Eisenhardt und des geschätzten Kollegen Promny ausgeführt; so viel von mir.

Abgeordnete **Nina Eisenhardt**: Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich wollte, da Sie grundsätzlich etwas zur Autonomie gesagt haben, auch noch ein oder zwei Sätze dazu sagen. Aus meiner Sicht macht die TU Darmstadt genau das, was Sie beschrieben haben. Sie drückt sich in dieser Situation nicht vor ihrer Verantwortung oder ihrer Autonomie, sondern sie trägt sie. Sie trifft die Entscheidungen, sie macht genau das. Sie hat mit „Focus“ ein Projekt aufgelegt, das verschiedene Prüfaufträge hat, wie dieser Hochschulpakt für sie umzusetzen ist. Sie zieht die Konsequenzen aus diesem Pakt, mit aller Härte, die sie auch bedeuten. Das Präsidium tut es, und es sind sicher auch keine Entscheidungen, die das Präsidium in den letzten Wochen und Monaten treffen musste.

Für uns stellt sich aber natürlich auch die Frage – Autonomie hin, Autonomie her – nach der politischen Verantwortung: Um die geht es uns. Bei der politischen Verantwortung für diese Entscheidung lässt sich eben nicht auf die Autonomie der TU Darmstadt verweisen, sondern die politische Verantwortung für den Hochschulpakt und die daraus entstehenden Konsequenzen trägt die Landesregierung und nicht eine Hochschule, die ihre Autonomie wahrnimmt und unter diesen Rahmenbedingungen Entscheidungen umsetzen muss. Diese Unterscheidung zwischen Autonomie und politischer Verantwortung wollte ich auch noch einmal als grundsätzlichen Punkt betonen.

Ich habe mich auch noch einmal gemeldet, weil Sie eine Frage von mir nicht beantwortet haben. Ich stelle sie gerne noch einmal, es waren in Gänze einige Fragen. Ich hatte gefragt, wenn die RMU es in den nächsten Monaten aufwendig prüft und es schafft, einen gemeinsamen marktgängigen – – Das bedeutet in dem Fall, wie das Angebot, das man den zukünftigen Studierenden macht, bei ihnen nachgefragt wird. Schreiben sich genug Studierende ein, damit sich der Studiengang am Ende für die Hochschule rechnet? Studiengänge sind keine Wohltaten, sondern inzwischen ein Business Case für die Hochschulen; funktioniert der Studiengang oder nicht? – Einen Studiengang aufzusetzen, der diese Anforderungen erfüllt, der akkreditierungsfähig ist, dann wird am Ende die Frage der Kosten stehen. War das ein Thema in Ihrem Gespräch? Denn aus der Stellungnahme geht es nicht hervor.

Wie ist die Bereitschaft der Landesregierung, für den Fall, dass es einen Studiengang an den RMU gibt, diesen zusätzlich zum Hochschulpakt zu finanzieren? Hier noch ein kleiner Hinweis dazu, dass der Hochschulpakt abschließend verhandelt ist. Im Hochschulpakt gibt es durchaus den Hinweis, der auch durch den Finanzminister und den Ministerpräsidenten unterschrieben wurde – das ist, nebenbei, kein reines WKA-Thema –, dass ab dem Jahr 2028 die Möglichkeit zur Nachverhandlung besteht. Wenn sich die finanziellen Rahmenbedingungen des Landes und die Steuereinnahmen ändern sollten, dann kann auch nachverhandelt werden. Vor diesem Hintergrund ist die Frage durchaus berechtigt, inwieweit in der Landesregierung die Bereitschaft besteht, dann auch über zusätzliche Kosten für einen RMU-Studiengang zu sprechen.

Abgeordneter **Lothar Mulch**: Herr Staatsminister, vielen Dank für Ihre Antwort. Ich hatte Sie ganz konkret nach den Vorgängen in Darmstadt gefragt, ob dieses übergeordnete Interesse besteht oder nicht. Sie haben das etwas verallgemeinert. Für mich ergibt sich aus Ihrer Antwort eigentlich nur folgender Schluss. Ich glaube, man kann eigentlich nur folgenden Schluss ziehen: Der Erhalt der Studiengänge in Darmstadt ist von keinem übergeordneten Interesse für die Hessische Landesregierung. Habe ich richtig geschlussfolgert, oder liege ich da falsch?

Abgeordneter **Moritz Promny**: Zunächst eine Feststellung. Ich freue mich natürlich immer, wenn die Landesregierung die Grundbegriffe des Liberalismus verstanden hat. Vor allem, was die Autonomie anbelangt, freut es mich außerordentlich.

(Heiterkeit)

Natürlich würde mich noch mehr freuen, wenn sie sie auch an der Stelle leben würde. Aber das nur als kurze Vorbemerkung.

Herr Kultusminister, Sie haben gesagt: Der Pakt ist verhandelt, und dann ist das so. – Die Kollegin hat eben darauf hingewiesen, dass in der Zwischenzeit nachverhandelt wird. Deswegen ist es wichtig, sich noch einmal vor Augen zu führen, dass, wenn Studiengänge geschlossen werden, man das nicht als Absolutum setzt, sondern dass man schaut, so hatte ich Sie eben verstanden, alles daran zu setzen, auch Studiengänge zu erhalten, wenn das erforderlich ist.

Ich habe noch eine Frage; die Kollegin hatte eine Zahl in den Raum gestellt, 1,5 Millionen Euro, die ihr zugerufen worden seien. Darauf haben Sie nicht geantwortet, da würde mich interessieren, ob Ihnen diese Zahlen bekannt sind – –

(Minister Armin Schwarz: Das habe ich beantwortet! Nein!)

– Sie sind Ihnen nicht bekannt? – Gut. Dann noch als letzte Frage in dem Zusammenhang: Wie ist es mit der Schließung von weiteren Studiengängen, wenn Sie denn den Zuständigkeitsbereich des KPA betreffen? Gibt es Initiativen, dass Sie aktiv werden, um hier möglicherweise den Kostenrahmen noch einmal zu verändern?

Abgeordnete **Lisa Gnadt**: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Auch von mir ein gutes neues Jahr. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil mir scheint, dass wir ein bisschen zwischen den Zuständigkeiten der unterschiedlichen Ausschüsse schwimmen und manche Fragen, die gestellt wurden, eher in den WKA als in den KPA gehören.

Aber nichtsdestotrotz sind verschiedene Punkte aufgeworfen worden, und deswegen will ich von unserer Seite aus noch einmal deutlich machen, dass niemand bestreitet, dass dies finanziell herausfordernden Zeiten sind und dass natürlich auch der Hochschulpakt diese finanziellen Herausforderungen abbildet. Aber ich will an dieser Stelle betonen, dass auch alle hessischen Hochschulen diesen Hochschulpakt unterschrieben haben, er eine Finanzierung bis zum Jahr 2031 sichert und auch ab dem Jahr 2028 verbindliche Zusagen für entsprechende Zuwächse macht.

Dass es keine einfache und eine herausfordernde Situation für die Hochschulen ist, teilen wir, glaube ich, alle hier im Raum. Im Übrigen gilt das nicht nur für die hessischen Hochschulen, dass wir vor Herausforderungen im Hinblick auf Einsparungen stehen, sondern in dieser Situation befinden sich auch andere Landeseinrichtungen.

Insofern muss man auch deutlich machen, das ist auch in den Aussagen des Kultusministers deutlich geworden, dass sich die Landesregierung sehr wohl kümmert, und die Situation ernst nimmt, die Themen ernst nimmt. Sonst hätte es in dieser Angelegenheit kein gemeinsames Gespräch mit der Präsidentin der TU Darmstadt gegeben.

Ich möchte auch betonen, das hat der Kultusminister heute auch schon mehrfach deutlich gemacht, dass die TU Darmstadt von einer erweiterten Autonomie profitiert. Dafür gibt es eine gesetzliche Grundlage. Frau Eisenhardt, deswegen verstehe ich auch nicht, dass Sie auf das

besondere landespolitische Interesse abzielen. Aber, wie gesagt, das gehört eigentlich nicht hierher, sondern in den WKA. Das kann für andere Universitäten genutzt werden, aber nicht in diesem Fall, im Hinblick auf die TU Darmstadt, weil, der Kultusminister hat es mehrfach betont, hier eine erweiterte Autonomie besteht.

Deswegen müssen diese Fragen möglicherweise noch einmal an anderer Stelle erörtert werden. Sehr positiv zu vermerken ist, dass erstens auch die Studierenden, die jetzt in dem Studiengang eingeschrieben sind, ihr Studium im Fach Sport noch in der Regelstudienzeit auch in Darmstadt abschließen können – bzw. Regelstudienzeit plus weitere zwei Semester – und dass wir hier auch an einer Lösung im gemeinsamen Rhein-Main-Universitätsverbund arbeiten, wie man möglicherweise auch noch darüber hinaus, in die Zukunft gerichtet gemeinsame Lösungswege findet. Man sollte deutlich machen und anerkennen, dass die Landesregierung ihrer Aufgabe und Verantwortung hier sehr wohl gerecht wird und Gespräche führt in, das möchte ich noch einmal betonen, finanziell herausfordernden Zeiten.

Wenn Sie diese erweiterte Hochschulautonomie der Universität Darmstadt nicht möchten, dann könnten Sie das deutlich machen und eine entsprechende gesetzliche Änderung fordern. Aber das habe ich so auch nicht herausgehört. Auf der einen Seite wollen Sie die erweiterte Autonomie, auf der anderen Seite wollen Sie sie nicht, hier müssten Sie sich einfach einmal klar äußern, was Sie eigentlich wirklich wollen. Für uns kann ich nur sagen, dass wir diese Autonomie der Hochschulen achten und wertschätzen und auch wertschätzen, dass die Universitäten am Ende im Hinblick auf die MINT-Fächer Prioritäten setzen. Das macht die TU Darmstadt auch. Es ist keine einfache Situation, aber ich glaube, dass die Landesregierung weiterhin in guten Gesprächen sein wird.

Minister **Armin Schwarz**: Ich bin der Kollegin Lisa Gnadl für Ihre Ausführungen sehr dankbar. Sie hat es noch einmal sehr präzise auf den Punkt gebracht. Die Landesregierung ist nach wie vor im Gespräch. Diese Diskussionen mit den RMU über Möglichkeiten laufen, das ist mehrfach beschrieben worden.

Ich will auf eines hinweisen, um es einmal abzurunden – Stichwort: übergeordnetes Interesse. An den Abgeordneten Mulch: Dazu ist nun wirklich alles, aber auch alles, gesagt worden, was zu sagen war.

Lieber Moritz Promny, zu irgendwelchen Spekulationen über mögliche Schließungen von Studiengängen werde ich mich an dieser Stelle ganz gewiss nicht äußern. Um das noch einmal abzurunden, die Kollegin Gnadl hat es eben schon gesagt: Kosten, die möglicherweise im Rahmen eines neuen Studiengangs im Verbund der RMU entstehen, können zu diesem Zeitpunkt gar nicht diskutiert werden, weil die Gespräche gerade laufen. Das ist einfach eine Frage der Logik, um das einmal auf den Punkt zu bringen. Wie soll man so etwas antizipieren?

Hier will ich noch einmal darauf hinweisen, der Hochschulpakt ist zunächst einmal ausverhandelt – auch das hat die geschätzte Kollegin Gnadl gesagt –, mit einer Dehnungsfuge, unter

bestimmten Voraussetzungen im Jahr 2028 noch einmal hineinzuschauen; aber unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Deswegen will ich noch einmal sagen: Heute ist heute und morgen ist morgen.

Verehrte Kollegen, wie gesagt, die Gespräche zwischen der hochverehrten Frau Präsidentin Brühl und den Kollegen der RMU sind im Prozess. Dementsprechend sind damit die Dinge, nach denen Sie noch einmal gefragt haben und von denen Sie ehrlicherweise auch wissen, dass sie zu diesem Zeitpunkt nicht beantwortet werden können, zumindest nicht hier, final geklärt. – Vielen Dank.

Abgeordneter **Daniel May**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Ich muss abschließend feststellen: Wir haben in der Ausschusssitzung am 27. November 2025 das Kultusministerium gefragt, inwieweit es in die Abläufe eingebunden ist, wenn es um lehrerbildende Studiengänge geht. Das ist der entscheidende Punkt. Wir sind hier in einer Schnittstellensituation. Wir als Ausschuss müssen uns damit auseinandersetzen, dass wir ausreichend Kapazitäten an den lehrerbildenden Universitäten haben; das ist unser Job.

Da haben wir folgende Situation: Wenn wir uns die Große Anfrage meiner Fraktion zum Schul-, Vereins- und Spitzensport in Hessen aus dem letzten Jahr anschauen, dann haben wir in Frage 9 gefragt, wie denn das Verhältnis von Abgängen und Neueinstellungen im Fach Sport ist. Da haben wir bei den Haupt-, und Realschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen deutliche Zahlen, die zeigen, dass wir nicht genug Lehrer einstellen können.

Auf Frage 10 haben wir die Antwort bekommen, dass auch das Fach Sport für den Quereinstieg geöffnet werden musste, weil wir keine ausreichenden Kapazitäten in der grundständigen Ausbildung im Fach Sport haben.

Darüber hinaus sind wir uns am 27. November 2025 einig gewesen, dass die Absolventinnen und Absolventen der Technischen Universität Darmstadt mit ihrem Zweitfach, sie haben öfter MINT-Fächer, sehr oft ein für uns günstiges Verhältnis haben. Wir waren uns dahingehend einig, dass es bei den Absolventinnen und Absolventen im Lehramt eine gewisse Studienorttreue gibt. Das ist unser gemeinsamer Kenntnisstand.

Genau deswegen fanden wir es richtig, dass die Landesregierung in Gespräche mit der Technischen Universität Darmstadt geht. Aber das, was Sie jetzt als Lösung vorschlagen, wird nicht tragen. Wir haben mit unseren Fragen schon einmal darauf hingewiesen, dass die Distanz – auch wenn sie die Distanz Darmstadt – Frankfurt sehen – nicht dazu führen wird, dass die Menschen in der gleichen Qualität in Darmstadt Sport studieren werden; wenn es überhaupt dazu kommt.

Sie konnten die Fragen danach, wie das denn genau ausgestaltet werden soll, nicht beantworten. Da ist das Datum der 1,5 Millionen Euro eine ganz wichtige Frage; denn die sind in einer Größenordnung, in der wir bereits andere Vereinbarungen mit Universitäten getroffen haben. Da sind ein Hochschulpakt und die Autonomie vollkommen irrelevant; denn diese Autonomie und Hochschulpakete gab es auch in der Vergangenheit. Wenn die Landesregierung mit einer Universität

eine Vereinbarung schließen möchte, beispielsweise zum Förderschullehramt in Kassel – 3,2 Millionen Euro –, dann hat uns kein Hochschulpakt und keine Autonomie daran gehindert, sondern es war durchaus möglich.

Daher sollten die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen die heutige Sitzung mitnehmen, wie man so schön sagt, und sich darüber Gedanken machen, ob das, was sie, ich sage es einmal so, als Trostpflaster ausgehandelt haben, tatsächlich tragfähig ist; ob sie nicht das, was der Landessportbund und Sie selbst zur Standorttreue der Studierenden und zur Situation für Darmstadt gesagt haben, einmal für Gespräche nutzen sollten, um eine Lösung herbeizuführen. Wir haben das an anderer Stelle so entschieden. In Kassel haben wir gesagt: Wir brauchen die Förderpädagogik in Kassel, um für Nordhessen den Bedarf zu decken. – Jetzt haben wir eine gleichartige Situation, und dafür müssen wir Verantwortung übernehmen.

Letzter Punkt. Gerade ist es schon einmal am Rande angesprochen worden, aber auch hier noch einmal explizit die Nachfrage, weil noch keine Entscheidung getroffen wurde. Zum Lehramt an Berufsschulen würde mich abschließend eine Einschätzung des Kultusministeriums interessieren. Im Lichte dessen, dass Sie am 27. November 2025 gesagt haben, dass Sie in regelmäßigem Austausch mit dem Wissenschaftsministerium stehen, was die Frage der Lehramtsstudiengänge angeht, würde mich interessieren, wie da Ihre Perspektive auf die Dinge ist. Denn das berufliche Lehramt ist auf jeden Fall ein Feld, in dem wir dringenden Bedarf haben. Da würde ich Sie sehr herzlich bitten, proaktiv tätig zu werden. Als abschließender Appell: Das kann nicht der letzte Stand der Sportlehrerinnen- und Sportlehrerausbildung in Darmstadt sein.

Vorsitzende: Eine Nachfrage: War das eine Frage, ein Appell oder ein Beitrag?

Abgeordneter **Daniel May:** Alles zusammen.

Minister **Armin Schwarz:** Frau Vorsitzende, das wäre jetzt auch meine Frage gewesen. Ich habe keinen sonderlich neuen Erkenntnisgewinn aus Ihren Ausführungen ziehen können. Einen Hinweis kann ich Ihnen gleich schon geben, weil Sie mehrfach auf die Universität Kassel und die dortige Installation der Förderpädagogik Bezug genommen haben. Ich darf sagen: Ich bin dabei gewesen; ich habe mehr als zehn Jahre lang Diskussionen darüber geführt, und ich weiß auch, welche Gestaltungshoheit die Universität Kassel seinerzeit zweifelsohne adressiert hat.

Lieber Herr Abgeordneter May, das hat eine ganz Weile gedauert. Wir haben gemeinsam Gespräche darüber geführt; das war nicht so einfach. Ich wollte es nur einmal in Erinnerung rufen; Ihr zustimmendes Nicken finde ich an der Stelle sehr sympathisch.

Herr Abgeordneter May, ein zweiter Hinweis zur Situation an den beruflichen Schulen sei mir gestattet. Das Lehramt an den beruflichen Schulen ist zweifelsohne etwas, für das wir alle miteinander stetig – das ist keine neue Erkenntnis; das hat mit der TU Darmstadt und dieser

Diskussion zunächst einmal gar nichts zu tun – gemeinsam Werbung machen sollten. Das ist zweifelsohne so. Aus verschiedenen Gründen gibt es Studienfächer und Lehrämter, die stärker nachgefragt werden als das berufliche Lehramt. Deswegen machen wir in diesem Bereich die Quereinstiegsprogramme. Dazu, wie sich das verhält, habe ich mich, sowohl was Bachelor- als auch Masterstudiengänge betrifft, ausführlich in meinen Ausführungen geäußert. Daher würde ich das ungern wiederholen, es sei denn, es wird ausdrücklich gewünscht. – Vielen Dank.

Beschluss:

KPA 21/22 – 12.01.2026

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts im Kultuspolitischen Ausschuss als erledigt.

(einvernehmlich)

Zu Beginn der Sitzung kam der Kultuspolitische Ausschuss einvernehmlich überein, zu dem Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu tagen.

Wiesbaden, 3. März 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

S. Hoffmann

Kerstin Geis